

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona

Hamburg, 22.01.2024

Sozialbehörde blockiert Frauenhaus für Altona

Für Frauen mit gewalttätigen Partnern sind Frauenhäuser häufig der letzte Ausweg, um ihr Leben und das ihrer Kinder zu schützen. 2022 wurden in der Hamburger Kriminalstatistik 240.547 Opfer von häuslicher Gewalt gezählt. Sie machen damit ein Viertel aller in der PKS erfassten Opfer aus und die Zahl steigt jedes Jahr weiter an. In Hamburg stehen aktuell 242 Schutzplätze für akut Gewaltbetroffene in Frauenhäusern zur Verfügung. 464 schutzsuchende Frauen wurden 2022 von der Notaufnahmestelle der Hamburger Frauenhäuser aufgenommen. Die Frauenhäuser sind seit Jahren bekanntermaßen an und über ihren Belastungsgrenzen. Bereits im April 2022 schlugen deshalb Hamburgs Frauenhäuser Alarm und forderten deutlich mehr Plätze.

Im September 2023 hat die Bezirksversammlung Altona einem Antrag der Fraktion DIE LINKE Altona beschlossen, ein weiteres Frauenhaus mit Standort Altona einzurichten (Drs. 21-4370B), um Frauen und Kinder in Not zu unterstützen, aber auch um die Mitarbeiter:innen der bestehenden Frauenhäuser zu entlasten. Dem Vorhaben, das breite Unterstützung in der Öffentlichkeit fand, wird nun ein Riegel durch die Sozialbehörde vorgeschoben. Das in der Sozialbehörde ansässige Opferschutzreferat sieht scheinbar keinen Handlungsbedarf und verweist auf bestehende Angebote.

Hierzu Cansu Özdemir, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Ich fordere die Sozialbehörde auf dringend ihre Prioritäten zu überdenken und die Realität der steigenden Zahlen von

Partnerschaftsgewalt anzuerkennen. Zahlengetrickse ist an dieser Stelle einfach nur unmenschlich und im schlimmsten Falle lebensbedrohlich. Fakt ist: Es gibt viel zu wenig Frauenhausplätze in Hamburg.“

Claudia Dyroff, Mitglied der Bezirksversammlung Altona (DIE LINKE): „Die Hamburger Frauenhäuser sind überfüllt und überlastet. Es fehlt an Personal, um den Gewaltopfern adäquat begegnen zu können, damit diese wieder befähigt werden, ein eigenständiges, sicheres Leben mit ihren Kindern führen zu können. Es ist ein Politikum, dass es die Sozialbehörde ablehnt, die Einrichtung eines Frauenhauses in Altona zu unterstützen.“